

Geht an:

- Medienverteiler

Parteitag der FDP.Die Liberalen Obwalden vom 09.02.2023 Im Fokus: Wahlen Obergerichtspräsidium, Klimainitiative und aktive Diskussion über die Regierungsform in Obwalden.

Die Mitglieder der FDP.Die Liberalen Obwalden trafen sich am Donnerstagabend, 9. Februar 2023, in den Räumlichkeiten der Stiftung Rütimattli in Sachseln zur Parteiversammlung. Gerda Lustenberger, Geschäftsführerin a. i., stellte die vielen Bereiche der Stiftung Rütimattli vor und zeigte auf, mit welchem Herzblut hier auf allen Stufen für Menschen mit einer Beeinträchtigung gearbeitet wird.

Wahlempfehlung für Daniela Widmer

Im Anschluss lag der Fokus auf der Wahl des Obergerichtspräsidiums. Beiden Kandidatinnen - Andrea Bögli und Daniela Widmer – nutzten die Möglichkeit, sich einzeln den Parteiliedern vorzustellen. Im Interview befragte Carola Weiss, Präsidentin FDP Obwalden, die Kandidatinnen zu ihrer Motivation, den Aus- und Weiterbildungen und der Fähigkeit für dieses höchste Richteramt im Kanton Obwalden.

Die Parteimitglieder sprachen sich deutlich für die Wahlempfehlung für Daniela Widmer aus, da sie eine breitere Erfahrung für dieses Amt mitbringt, Weiterbildungen u.a. in Mediation absolvierte und in ihrer aktuellen Tätigkeit selbstständig Verfahren leitet.

Nein zur Obwaldner Klimainitiative

Warum Regierung und Parlament die Obwaldner Klimainitiative ablehnen, erläuterte der Kernser FDP-Kantonsrat Stefan Flück. Er votierte dafür, dass Klimaschutz-Massnahmen auf nationaler Ebene angegangen werden müssen, sonst entstehe ein bürokratischer Flickenteppich. Weiter habe der Kanton Obwalden bereits das Energie- und Klimakonzept 2035 mit Fernziel von Netto-Null im Jahr 2050 erarbeitet. Dieses Konzept umfasse rund 30 konkrete Massnahmen, um die lokale Energieproduktion zu unterstützen und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Die Mitglieder folgten seiner Argumentation und lehnten die Volksinitiative mit 37 Nein-Stimmen und 4 Ja-Stimmen, bei einer Enthaltung klar ab.

Verschiedene Regierungsformen und deren Vor- und Nachteile

Der zweite Teil des Parteitags widmete sich der Frage, wie vermehrt Persönlichkeiten aus der Wirtschaft in der Obwaldner Politik, namentlich in der Regierung, vertreten sein können. Eine strategische Gruppe der FDP Obwalden, bestehend aus Mitgliedern der Parteibasis und Amtsträgern, erarbeitete dieses Thema. Dazu präsentierte Nico Fankhauser, Präsident Jungfreisinnige und Geschäftsleitungsmitglied der FDP Obwalden, Zahlen und Fakten zur Zusammensetzung der Regierungen in anderen Kantonen. Dabei zeigte sich, dass in Kantonen mit sieben Regierungsmitgliedern klar mehr Vielfalt bezüglich beruflicher Hintergründe, Parteizugehörigkeit und Geschlecht herrscht.

In einem durch den Alpnacher FDP-Kantonsrat Martin Hug geleiteten Gespräch teilten die ehemalige Obwaldner Regierungsrätin Esther Gasser-Pfulg und der Nidwaldner Landammann Joe Christen ihren Erfahrungen als Mitglied des 5er- bzw. 7er-Gremiums. Joe Christen betonte dabei, dass auch wenn das Regie-

rungsratsamt in Nidwalden als «Teilzeitamt» bezeichnet werde, man mit vollem Einsatz für sein Amt engagiert sei. Esther Gasser-Pfulg betonte, dass es bei nur fünf Regierungsratsmitglieder nicht so einfach sei, die Departementsgrössen ausgeglichen auszugestalten. Darum sei dies wohl auch in den letzten Jahren mehrmals verändert worden. Mit sieben Regierungsräten wäre es einfacher, die Arbeitsbelastung gleichmässig aufzuteilen. Zusätzlich käme bei einem 5er Gremium die Diskussionskultur im Rat nicht so stark auf wie bei einem 7er-Gremium.

In einem offenen Gedankenaustausch diskutierten die Parteimitgliedern, ob ein Modellwechsel für Obwalden sinnvoll wäre: Sieben Teilzeit-, anstatt fünf Vollzeitregierungsräte. Einige Votanten zeigten grosse Unterstützung für einen Wechsel zurück zu sieben Regierungsratsmitglieder, da bei sieben Mitgliedern insbesondere departementsübergreifende Entscheidungen breiter abgestützt seien. Nachteilig beim Obwaldner Modell sei, dass ein Regierungsratsmitglied seine Beteiligung an einem Unternehmen aufgeben müsse, was im Nidwaldner Modell nicht der Fall ist. Einbezogen wurde auch, dass die vollzogene Reduktion der Exekutivmitglieder im Jahr 2002 nicht zu Kosteneinsparungen führte, wie dies damals versprochen wurde. Kritisch beleuchtet wurde auch die Frage, ob dieses Thema jetzt wieder auf das politische Parkett kommen soll. Schliesslich solle die politische Energie für aktuell wichtige kantonale Sachprojekte statt für Modelldiskussionen aufgewendet werden.

«Das Thema ist für uns nicht endgültig erledigt, wird allerdings nicht zuoberst auf der Prioritätenliste der Partei platziert werden», meinte Parteipräsidentin Carola Weiss abschliessend und bedankte sich für den regen Austausch. «Um den Kanton Obwalden weiterzubringen, möchten wir vermehrt auf solche offenen Diskussionen mit der Parteibasis setzen».

Sachseln, 09.02.2023